

Sitzung vom 28. Januar 2009 / Geschäft Nr. 7.1

Bericht und Antrag Motion Marc Müller und Mitunterzeichnende betreffend Integration; Erheblicherklärung

1. Ausgangslage

Anlässlich der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 2. Juli 2008 wurde folgende Motion eingereicht:

"Der Gemeinderat von Zollikofen wird beauftragt, der mangelhaften Integration entgegen zu wirken und Massnahmen zu treffen, welche die zu Integrierenden zu einer Integration bewegt.

Eine Möglichkeit wäre, Integrationsvereinbarungen nach dem Basler-Modell zu treffen.

Begründung

In den vergangenen Jahren haben sich Bund, Kantone, Gemeinden sowie privat oder anderweitig organisierte Gemeinschaften stark für die Integration von ImmigrantInnen eingesetzt und es wurden zur Verbesserung der Integration zahlreiche Gefässe geschaffen. Trotz der Schaffung dieser Integrationsbrücken muss festgestellt werden, dass die Integration in zahlreichen Fällen dennoch nicht stattgefunden hat und auch heute nicht stattfindet. Es fragt sich, weshalb dies so ist.

Damit diese Frage geklärt werden kann, bedarf es zuerst der Begriffsdefinition. Integration bedeutet die Herstellung eines Ganzen, also ein gemeinsames Zusammenleben verschiedener Parteien. Die Schweiz als quasi Gastgeberland hat eine Gatekeeper-Funktion und muss den zu integrierenden Integrationshilfen und -brücken zur Verfügung stellen. Im Gegenzug müssen die ImmigrantInnen jedoch von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen, wobei es nicht beim Gebrauch als solchem bleiben darf. Die zur Verfügung gestellten Angebote wirken erst dann integrativ, wenn sich die ImmigrantInnen bereit erklären, sich an unseren Strukturen anzupassen und diese zu akzeptieren. Fehlt diese Akzeptanz und Respektierung, kann eine Integration nicht stattfinden.

Schon heute ist klar zu sehen, dass Familien, welche sich nicht unseren Regelungen unterordnen und keinen Anpassungs- oder Integrationswillen haben, regelmässig zu sog. Problemfamilien mutieren. Werden Eltern und folglich deren Kinder nicht integriert¹, wird ihnen die Zukunft regelrecht verbaut.

Verfügen Kinder über schlechte oder ungenügende Sprachkenntnisse, können sie dem Stoff des Schulunterrichts nicht folgen und beginnen i.d.R. den Unterricht zu stören.² Dies führt häufig zu ungenügenden Schulnoten und einer daraus resultierenden Demotivation, was wiederum regelmässig Aggressionsbildungen bewirkt. Der daraus resultierende tiefe Bildungsstand hemmt die (allgemeine) Entwicklung der Jugendlichen.³ Dies bewirkt eine Negativspirale. Diese Problematik zieht sich vom Schulalltag weiter ins Berufsleben. Fehlt der Integrations- und Anpassungswille bei den Eltern, fehlt die Motivation zur Integration meist auch bei den Kindern.

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Ursula Wampfler	06.10.2008	g:\winword\präsidial\gdeschr\ggrn090128\integration.ggra.doc	09.01.2009, 17:17 / bd	1.3	1 von 4

Damit dieser Problematik entgegengewirkt werden kann, soll der Gemeinderat die Situation analysieren und Grundlagen sowie Massnahmen zu einer raschen Verbesserung schaffen. Als Beispiel dient das Basler-Modell. Dabei ermöglicht die VO des Bundes bindende Integrationsvereinbarungen auf Gemeindeebenen.

Es wäre sinnvoll eine gesetzliche Regelung zu schaffen, welche bei einem ungenügenden oder fehlenden Integrationswillen zu Sanktionen führt (bspw. bzgl. Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung).

¹ Entweder aufgrund fehlender Integrationshilfen von Seite des Staats oder aber aufgrund fehlender Integrationsbereitschaft der ImmigrantInnen.

² Es ist wichtig zu nennen, dass dies i.d.R. nicht an mangelnder Intelligenz, sondern an dem mangelnden Sprachverständnis liegt.

³ Infolge der ungenügenden Schulnoten werden Bildungswege verbaut. Den Jugendlichen fehlen Wissen und vor allem schulstoffliche Grundlagen, was für die zukünftige berufliche Laufbahn nicht förderlich ist."

2. Stellungnahme zur Erheblicherklärung

Stellenwert der Integrationsfrage

Der Integrationsartikel des im Januar 2008 in Kraft getretenen neuen Eidgenössischen Ausländergesetzes sieht Hilfestellungen der Einwohnergemeinden vor. Der Grosse Rat des Kantons Bern hält gesetzliche Grundlagen im Integrationsbereich für erforderlich, deren Schaffung einige Zeit in Anspruch nehmen werden. In Zollikofen befassen sich Exekutive und Legislative seit Jahren mit der Integrationsfrage.

1999 entschied das Parlament, in bescheidenem Rahmen aktiv zu werden.

Einrichtung eines „Runden Tisches“ in Zollikofen nebst bestehenden Organisationen

Gestützt auf die Resultate einer bei Vereinen, Kirchgemeinden, Schulen, anderen Institutionen und Privatpersonen durchgeführten Umfrage wurden zahlreiche Integrationsangebote der Gemeinde ermittelt und aufgelistet. Es entstand der „Runde Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Gebiete Politik (Legislative, Exekutive, Kulturkommission), Schulen, Interkultureller Frauentreff KARIBU, Ärzteschaft, Sozial- und Zentrale Dienste sowie je einer Person aus Kroatien, Palästina, Sri Lanka und Türkei, wobei eine dieser Personen aktiv im „Verein offene Jugendarbeit“ tätig ist. Dieser „Runde Tisch“ hat sich als Instrument für den Gedankenaustausch bewährt. Anlässlich seiner Sitzungen entstehen neue Ideen, die anschliessend von den Teilnehmenden nach aussen getragen und weiter entwickelt werden (Schneeballsystem). Zwei Personen haben einen Mediatorenkurs absolviert. Nebst KARIBU und INTERKONO Frauen Info TREFF besteht neu ein Treff für ausländische Männer, genannt "Marhaba". Zudem stehen eine KIBEZ (Kindertagesbetreuung) und eine Tagesschule zur Verfügung.

Information der ausländischen Bevölkerung

Eine in verschiedenen Sprachen verfasste Informationsbroschüre zur Gemeinde kann auf der Gemeindehomepage herunter geladen oder bei der Einwohnerkontrolle bezogen werden. Weitere Angebote wie Vereine sind im Internet aufgeführt. Die Informationsbroschüre "Kindergarten Zollikofen" ist in die albanische, serbokroatische und türkische Sprache übersetzt worden. Die ständig aktuell gehaltene Liste für Übersetzungsdienste (mit Elternvereinigung) steht zur Verfügung. Wichtige Anlaufstellen für Ratsuchende sind neben den Sozialdiensten Zollikofen die „Informationsstelle für Ausländerinnen und ihren Familien“ (ISA) sowie die „Beratungsstelle für Ausländerfrauen und ihre Familien“ (BAFFAM) in Bern. Als Hilfestellung bei der Berufswahl wird die jährlich durchgeführte „Berner Ausbildungsmesse“ (BAM) empfohlen. Auch die Lehrerschaft und die Schulverwaltung der Gemeinde sind den Kindern und Jugendlichen behilflich.

Umfang und Zusammensetzung des ausländischen Bevölkerungsanteils

In Zollikofen sind per 30. Juni 2008 rund 10'000 Personen angemeldet gewesen, davon rund 17 % aus anderen Ländern. Je zirka 250 Personen stammen aus Italien, Montenegro und Serbien. Etwa je 120 Menschen kommen aus Mazedonien, Sri Lanka und der Türkei. Zwischen je 50 und 100 Leute sind aus folgenden Ländern: Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Por-

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Ursula Wampfler	06.10.2008	g:\winword\präsidial\gdeschrl\ggrn090128\integration.ggra.doc	09.01.2009, 17:17 / bd	1.3	2 von 4

tugal und Spanien. Dazu kommen Personen aus dem deutschsprachigen Ausland. Albanien und Kosovo sind als Herkunftsländer von geringer Bedeutung. Die Sozialdienste Zollikofen bearbeiteten 2007 rund 230 wirtschaftliche Fälle (1 Fall kann mehrere Personen betreffen). Statistisch ist nicht ersichtlich, wie viele der Hilfesuchenden aus dem Ausland stammen.

Praktische Aspekte der Integration

Integration bedeutet in Zollikofen zu leben. Der Bund verwendet den Integrationsbegriff auf Personen, die sich mindestens mit Ausweis B (Jahresaufenthalt) hier aufhalten. Immigrantinnen und Immigranten müssen bereit sein, sich unseren Strukturen anzupassen. In Zollikofen sind die meisten Ausländerinnen und Ausländer arbeitstätig und unauffällig! Jedoch machen sich zahlreiche ethnische und kulturelle Unterschiede bemerkbar. Alle Menschen haben ein Recht auf die Herkunftskultur. Für Personen, die in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen, ist dies besonders wichtig.

Aus den Diskussionen am "Runden Tisch" geht hervor, dass Schule und Sozialdienste im Falle von Handlungsbedarf unverzüglich und konsequent aktiv werden. Ebenso ergreifen die Einwohner- und Fremdenkontrolle sowie die Polizei koordinierte Massnahmen im Rahmen der vorhandenen Gesetzgebung. Die Anwendung der bestehenden kantonalen Gesetze und Verordnungen ist wichtig.

Massnahmen zur Integration der Kinder

Die Kinder, beziehungsweise deren Eltern, werden zwei Jahre vor Kindergarteneintritt (aufgrund von Angaben der Einwohner- und Fremdenkontrolle Zollikofen) angeschrieben. Es werden 80 % der fünfjährigen und praktisch alle sechsjährigen angemeldet. Der Status (z. B. Bewilligung B oder C) spielt praktisch keine Rolle. Der Kindergarten (2 Jahre) fördert die sprachliche Entwicklung sehr. Vorgängig lernen die Kinder im KARIBU oder auf Kinderspielplätzen, sich zu verständigen. Die hiesigen Schulen ergreifen bei Bedarf seit Jahren zusätzliche Massnahmen und schicken fremdsprachige Kinder in die Klasse (Volksschulalter) für Fremdsprachige nach Worblaufen (noch bis Sommer 2009 möglich). Zudem nutzen die Schulen weitere Angebote für Fremdsprachige des Kantons. "Mitten unter uns" bedeutet für Kinder aus Ausländerfamilien die Teilnahme am Mittagstisch bei Schweizer Familien und ist ein Projekt des Schweizerischen Roten Kreuzes.

Die Bedeutung des „Basler Modells“ für Zollikofen

Das "Basler Modell" ist auf städtische Bedürfnisse ausgerichtet und entsprechend personal- und kostenintensiv. Unsere Nachfrage hat ergeben, dass noch keine unterzeichnete Integrationsvereinbarung vorliegt (Juli 2008). Zollikofen berücksichtigt für die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes das „Basler Modell“.

Schlussfolgerungen

Der Vorstoss entspricht den Vorstellungen des Gemeinderates. Er ist deshalb bereit, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Der Rat hat nämlich bereits entschieden, dass ein Integrationskonzept ausgearbeitet werden muss. Der "Runde Tisch Integration" hat den Auftrag erhalten, das Projekt vorzubereiten.

3. Antrag

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, zu

beschliessen:

Die Motion Marc Müller und Mitunterzeichnende betreffend Integration wird als Postulat entgegen genommen und als erheblich erklärt.

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Ursula Wampfler	06.10.2008	g:\winword\präsidial\gdeschr\ggrn090128\integration.ggra.doc	09.01.2009, 17:17 / bd	1.3	3 von 4

Zollikofen, 9. Januar 2009

GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN



Stefan Funk
Präsident

Roland Gatschet
Sekretär

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Ursula Wampfler	06.10.2008	g:\winword\präsidial\gdeschr\ggr\090128\integration.ggra.doc	09.01.2009, 17:17 / bd	1.3	4 von 4